



---

# Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) (Sicherstellung des Prinzips der einmaligen Erhebung der Daten)

## Änderung vom ...

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ... <sup>1</sup>,  
beschliesst:*

I

Das Bundesgesetz vom 18. März 1994<sup>2</sup> über die Krankenversicherung wird wie folgt geändert:

*Ersatz von Ausdrücken*

<sup>1</sup> In Artikel 23 Absatz 1 wird «Bundesamt für Statistik» ersetzt durch «BFS».

<sup>2</sup> Betrifft nur den französischen Text.

*Gliederungstitel vor Art. 21*

## **4. Abschnitt: Datenbearbeitung und Statistiken**

**Art. 22** Daten der Leistungserbringer: Pflicht zur Datenweitergabe

<sup>1</sup> Die Leistungserbringer sind verpflichtet dem Bundesamt für Statistik (BFS) kostenlos folgende Daten weiterzugeben:

- a. Daten, die erforderlich sind, um die Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes über die Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungen zu überwachen;
- b. Daten, die erforderlich sind, um die einheitliche Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes über die Finanzierung der Leistungen, die Tarif- und

<sup>1</sup> BBl ...

<sup>2</sup> SR **832.10**

Preisbildung, die Versorgungsplanung und die ausserordentlichen Massnahmen zur Eindämmung der Kostenentwicklung zu gewährleisten.

<sup>2</sup> Als Daten nach Absatz 1 gelten Angaben zu:

- a. Art der ausgeübten Tätigkeit, Einrichtung und Ausstattung sowie Rechtsform;
- b. Anzahl und Struktur der Beschäftigten und der Ausbildungsplätze;
- c. Anzahl und Struktur der Patientinnen und Patienten;
- d. Art, Umfang und Kosten der erbrachten Leistungen und Rechnungsstellung für diese Leistungen;
- e. Aufwand, Ertrag und finanzielles Betriebsergebnis;
- f. medizinische Qualitätsindikatoren.

*Art. 22a*        Daten der Leistungserbringer: Erhebung, Bereitstellung und Veröffentlichung

<sup>1</sup> Die Daten nach Artikel 22 werden vom BFS erhoben.

<sup>2</sup> Das BFS stellt die Daten zur Durchführung dieses Gesetzes den folgenden Empfängern zur Verfügung:

- a. dem BAG;
- b. dem Preisüberwacher;
- c. den Kantonen;
- d. den Versicherern und deren Verbänden;
- e. den Leistungserbringern und deren Verbänden;
- f. den Tariforganisationen nach den Artikeln 47a und 49 Absatz 2;
- g. der Eidgenössischen Kommission für Qualität (Art. 58b);
- h. den in Artikel 84a aufgeführten Organen.

<sup>3</sup> Das BFS stellt im Rahmen der Datenbereitstellung die Anonymität der Beschäftigten und Patientinnen und Patienten sicher.

<sup>4</sup> Es stellt die Daten aggregiert zur Verfügung. Daten nach Artikel 22 Absatz 2 Buchstaben b–d und f stellt es zudem folgenden Empfängern als Einzeldaten zur Verfügung:

- a. dem BAG und den Kantonen;
- b. den restlichen Empfängern nach Absatz 1, sofern die Einzeldaten zur Tarif- und Preisbildung oder zur Qualitätsentwicklung erforderlich sind.

<sup>5</sup> Daten, die die Leistungserbringer nach Artikel 22 Absatz 1 weitergeben, dürfen nicht erneut nach den Artikeln 47a Absatz 5, 47b Absatz 1 und 49 Absätze 2 dritter Satz, 7 dritter Satz und 8 eingefordert werden.

<sup>6</sup> Das BAG veröffentlicht die Daten.

<sup>7</sup> Der Bundesrat erlässt nähere Vorschriften zur Bearbeitung der Daten unter Wahrung des Verhältnismässigkeitsprinzips.

*Art. 23 Abs. 1 zweiter Satz*

<sup>1</sup> ... Es verwendet die bei den Versicherern und den Leistungserbringern erhobenen Daten und erhebt auch bei der Bevölkerung die dafür notwendigen Daten.

*Art. 55a Abs. 4*

<sup>4</sup> Die Leistungserbringer und deren Verbände sowie die Versicherer und deren Verbände geben den zuständigen kantonalen Behörden auf Anfrage kostenlos die Daten bekannt, die zusätzlich zu den nach Artikel 22 weitergegebenen Daten zur Festlegung der Höchstzahlen erforderlich sind.

*Art. 59a*

*Aufgehoben*

*Art. 84a Abs. 1 Einleitungssatz (Betrifft nur den italienischen Text) und Bst. f*

<sup>1</sup> Sofern kein überwiegendes Privatinteresse entgegensteht, dürfen Organe, die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes oder des KVAG<sup>3</sup> betraut sind, Daten in Abweichung von Artikel 33 ATSG<sup>4</sup> bekannt geben:

- f. den zuständigen kantonalen Behörden, wenn es sich um Daten nach Artikel 22 handelt und diese für die Planung der Spitäler und Pflegeheime oder für die Beurteilung der Tarife erforderlich sind;

II

Die Änderung anderer Erlasse wird im Anhang geregelt.

III

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

<sup>3</sup> SR 832.12

<sup>4</sup> SR 830.1

*Anhang*

(Ziff. II)

## Änderung anderer Erlasse

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

### 1. Bundesgesetz vom 19. Juni 1959<sup>5</sup> über die Invalidenversicherung

*Art. 27 Abs. 1<sup>bis</sup> und 8*

<sup>1bis</sup> Die Leistungserbringer von medizinischen Massnahmen sind verpflichtet, dem BSV unentgeltlich die Daten bekannt zu geben, die für den Abschluss der Verträge nach Absatz 1 erforderlich sind. Die Daten können vom Bundesamt für Statistik (BFS) erhoben werden. Es stellt diese Daten den Tarifpartnern zur Durchführung dieses Gesetzes zur Verfügung. Daten, die das BFS erhebt, dürfen nicht erneut von den Leistungserbringern verlangt werden. Der Bundesrat erlässt nähere Vorschriften zur Bearbeitung der Daten unter Wahrung des Verhältnismässigkeitsprinzips.

<sup>8</sup> Die Leistungserbringer und deren Verbände sowie die Organisation nach Artikel 47a KVG sind verpflichtet, dem Bundesrat auf Verlangen unentgeltlich die Daten bekannt zu geben, die für die Erfüllung der Aufgaben nach den Absätzen 3–5 notwendig sind. Daten, die das BFS nach Absatz 1<sup>bis</sup> erhebt, dürfen nicht erneut von den Leistungserbringern verlangt werden. Der Bundesrat erlässt nähere Vorschriften zur Bearbeitung der Daten unter Wahrung des Verhältnismässigkeitsprinzips.

*Art. 78 Abs. 3*

<sup>3</sup> Der Diskontierungsfaktor entspricht der Entwicklung des Quotienten aus dem jährlich zu ermittelnden Index nach Artikel 33<sup>ter</sup> Absatz 2 AHVG<sup>6</sup> und dem vom BFS ermittelten Lohnindex ab 2011.

### 2. Bundesgesetz vom 20. März 1981<sup>7</sup> über die Unfallversicherung

*Ersatz von Ausdrücken*

*In Artikel 56 Absatz 3<sup>bis</sup> wird «Leistungserbringer nach den Artikeln 36-40 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG)» ersetzt durch «Leistungserbringer» und «Artikel 47a KVG» durch «Artikel 47a des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG)».*

<sup>5</sup> SR 831.20

<sup>6</sup> SR 831.10

<sup>7</sup> SR 832.20

*Art. 56 Abs. 1<sup>bis</sup>*

<sup>1bis</sup> Die Leistungserbringer sind verpflichtet, den Versicherern unentgeltlich die Daten bekannt zu geben, die für den Abschluss der Verträge nach Absatz 1 erforderlich sind. Die Daten können vom Bundesamt für Statistik (BFS) erhoben werden. Es stellt diese Daten den Versicherern und deren Verbänden sowie den Leistungserbringern und deren Verbänden zur Durchführung dieses Gesetzes zur Verfügung. Daten, die das BFS erhebt, dürfen nicht erneut von den Leistungserbringern verlangt werden. Der Bundesrat erlässt nähere Vorschriften zur Bearbeitung der Daten unter Wahrung des Verhältnismässigkeitsprinzips.

**3. Bundesgesetz vom 19. Juni 1992<sup>8</sup> über die Militärversicherung***Ersatz von Ausdrücken*

<sup>1</sup> In Artikel 1a Absatz 1 Buchstabe i wird «in einer Heil-, Kur- oder Pflegeanstalt oder in einer Abklärungsstelle» ersetzt durch «in einem Spital, einer Kuranstalt, einem Pflegeheim oder einer Abklärungsstelle».

<sup>2</sup> In Artikel 17 Absatz 1 wird «die Heilanstalt» ersetzt durch «das Spital».

<sup>3</sup> In Artikel 26 Absatz 3<sup>bis</sup> wird «Leistungserbringer nach den Artikeln 36-40 KVG» ersetzt durch «Leistungserbringer».

*Art. 26 Abs. 1<sup>bis</sup>*

<sup>1bis</sup> Die Leistungserbringer sind verpflichtet, der Militärversicherung unentgeltlich die Daten bekannt zu geben, die für den Abschluss der Verträge nach Absatz 1 erforderlich sind. Die Daten können vom Bundesamt für Statistik (BFS) erhoben werden. Es stellt diese Daten der Militärversicherung sowie den Leistungserbringern und deren Verbänden zur Durchführung dieses Gesetzes zur Verfügung. Daten, die das BFS erhebt, dürfen nicht erneut von den Leistungserbringern verlangt werden. Der Bundesrat erlässt nähere Vorschriften zur Bearbeitung der Daten unter Wahrung des Verhältnismässigkeitsprinzips.

*Art. 43 Abs. 1 Einleitungssatz*

<sup>1</sup> Der Bundesrat passt durch Verordnung die folgenden Renten dem vom BFS ermittelten Nominallohnindex vollständig an: